

Sozialbeiträge: Entlastung im Paket (+ Kommentar)

1. Kompetenzen

Die Schülerinnen und Schüler sollen ...

1. sich die zentralen Säulen des staatlichen Sozialversicherungssystems in Deutschland sowie die hiermit einhergehenden Beitragspflichten für die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen erschließen.
2. die aktuellen Reformüberlegungen der Bundesregierung sowie die hiermit verfolgten Zielsetzungen herausarbeiten.
3. sich auf der Grundlage eines Kommentars kritisch mit deren Wirkungen (insbesondere für die junge Generation) auseinandersetzen.

2. Aufgaben

1. *Benennen Sie die zentralen Säulen des staatlichen Sozialversicherungssystems in Deutschland.*
2. *Erschließen Sie sich die hiermit einhergehenden Beitragspflichten für die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen des Landes. Erklären Sie in diesem Zusammenhang u. a. den Begriff der „paritätischen Finanzierung“.*
3. *Arbeiten Sie (ggf. arbeitsteilig) die derzeitigen Reformpläne der Bundesregierung heraus. Erläutern Sie deren jeweilige Ansatzpunkte und Zielsetzungen.*
4. *Analysieren Sie auftretende Konfliktlinien zwischen den Parteien und gesellschaftlichen Gruppen.*
5. *Geben Sie vor diesem Hintergrund die wesentlichen Kritikpunkte des Kommentators wieder. Bewerten Sie diese begründet.*
6. *Nehmen Sie Stellung zu folgender Aussage: „Die heutige Jugendgeneration ist von den sozialpolitischen Entscheidungen kurzfristig kaum, langfristig jedoch massiv betroffen.“*

Sozialbeiträge: Entlastung im Paket

In der vergangenen Wahlperiode galt das Arbeitsressort als Turbo unter den Bundesministerien. Ressortchefin Andrea Nahles (SPD) legte als bekennender Fan schneller Autos ein hohes Tempo hin und arbeitete vom Mindestlohn über das Rentenpaket bis zum Teilhabegesetz die Vorhaben ab. Ihr Nachfolger und Parteifreund
5 Hubertus Heil will Nahles offenbar nicht nachstehen. Das erste Rentenpaket mit der Mütterrente und der verbesserten Erwerbsminderungsrente soll schon zum 1. Januar 2019 in Kraft treten. Das kündigte Heil in der „Rheinischen Post“ an.

10 Für die ebenfalls im Koalitionsvertrag von Union und SPD versprochene Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags um 0,3 Prozentpunkte gebe es derzeit noch „keinen Zeitplan“, heißt es im Arbeitsministerium. Wie aus Regierungskreisen verlautet, laufen dazu noch Gespräche mit dem von Jens Spahn (CDU) geführten Gesundheitsministerium.

15 Es gibt Bestrebungen, die Senkung des Arbeitslosenbeitrags und die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der Krankenversicherung zeitgleich im Paket in Kraft treten zu lassen. Das mache Sinn, schon um die Lohnbuchhaltungen nicht innerhalb kurzer Zeit zweimal umstellen zu müssen. Laut „Stuttgarter Zeitung“ und „Stuttgarter Nachrichten“ soll die Entlastung ein Gesamtvolumen von knapp neun Milliarden Euro haben.

20 Bei der geplanten Ausweitung der Mütterrente hat Heil Zweifel, ob die geplante Beschränkung auf Mütter mit mindestens drei Kindern verfassungsrechtlich haltbar ist. Sollte das nicht der Fall sein, würde das Vorhaben noch teurer. Bisher kalkuliert die Regierung mit 3,4 Milliarden Euro im Jahr, die voraussichtlich aus Steuern und Beitragsmitteln finanziert werden sollen.

25 Neben besseren Leistungen für Menschen, die wegen Krankheit oder eines Unfalls erwerbsunfähig werden, will der Arbeitsminister auch die geplante Stabilisierung des Rentenniveaus schon zu Beginn des kommenden Jahres in Kraft treten lassen. Harsche Kritik kam aus der Wirtschaft: Bis auf die Erwerbsminderungsrente handele es sich um
30 völlig unnötige, extrem teure und sehr gefährliche Rentengeschenke zulasten der jüngeren Generationen, sagte der Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall, Oliver Zander, dem Handelsblatt. „Der Arbeitsminister täte gut daran, erst mal die Ergebnisse der Rentenkommission abzuwarten, bevor er - getrieben von den
35 zukunftsvergessenen Verteilungspolitikern - die nächste Kostenlawine bei der Rente lostritt“, betonte Zander. Die Rentenkommission, die über Beitrag und Rentenniveau nach 2025 entscheidet, soll ihren Bericht bis März 2020 vorlegen.

Über die Finanzierung der Krankenversicherung und Höhe und Zeitpunkt der Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags gibt es weiter Streit. Während Verdi-Chef Frank
40 Bsirske die Rückkehr zur Parität im Interview als „Gebot der sozialen Gerechtigkeit“ und „absolut überfällig“ bezeichnete, lehnt der Arbeitgeberverband BDA sie ab. Er verweist darauf, dass die Arbeitgeber schon durch die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall überproportional an der Finanzierung der Gesundheitskosten beteiligt seien.

- 45 Beim Arbeitslosenbeitrag drängt vor allem die Union auf eine rasche Senkung schon zur Jahresmitte. Die SPD will auf jeden Fall warten, bis die Rücklage der Bundesagentur für Arbeit (BA) 20 Milliarden Euro erreicht hat, um für eine Krise wie in den Jahren 2007 bis 2010 gewappnet zu sein. Das wird voraussichtlich im dritten Quartal der Fall sein. Sollte der Beitrag erst zum Jahreswechsel gesenkt werden, ist aus Sicht der BDA eine
- 50 Reduzierung um 0,4 Prozentpunkte geboten. Vereinbart sind 0,3 Punkte.

Quelle: Specht, F., Handelsblatt, Nr. 073, 16.04.2018, 9

Kommentar: Linke Tasche, rechte Tasche

Das Entlastungsversprechen, das die Große Koalition den Bürgern gibt, wird sich nicht lange halten lassen, meint Frank Specht.

- Nach Sondierung, Regierungsbildung und erster Seelenmassage auf Schloss Meseberg will die Große Koalition nun endlich handeln. Spätestens zu Beginn des kommenden Jahres sollen die Bürger beim Kranken- und Arbeitslosenversicherungsbeitrag entlastet werden. Wenn es schon mit umfassenden Steuersenkungen nichts wird, dann wenigstens
- 5 das.

- Doch das Entlastungsversprechen wird sich nicht lange halten lassen. Der Staat gibt in die linke Tasche und nimmt aus der rechten. Wenn auch zum Teil erst mit zeitlicher Verzögerung. Denn klar ist: Die Stabilisierung des Rentenniveaus und erst recht die
- 10 Mütterrente werden sich ohne tatkräftige Unterstützung des Steuerzahlers nicht finanzieren lassen. Erst recht nicht, wenn die Ausdehnung der Mütterrente nun womöglich noch umfassender ausfällt als zunächst geplant. Leistungsversprechen von heute werden zur Hypothek für Steuer- und Beitragszahler von morgen. Generationengerechtigkeit sieht anders aus.

- 15 Auch die Rückkehr zur Parität in der Krankenversicherung ist eine Mogelpackung. Gerade nicht tarifgebundene Arbeitgeber werden Mittel und Wege finden, die steigenden Arbeitskosten durch niedrigere Lohnsteigerungen auf die Arbeitnehmer abzuwälzen. Zudem hat die Koalition ja gleichzeitig neue Leistungsversprechen beschlossen, etwa die
- 20 vollständige Refinanzierung von Tarifsteigerungen im Pflegebereich durch die Kassen.

- Die Koalition würde den Beitragszahlern den größten Dienst erweisen, wenn sie endlich die Kostenexplosion im Gesundheitsbereich in den Griff bekäme. Nur die Arbeitgeber wieder stärker zur Kasse zu bitten - linke Tasche, rechte Tasche - kann auf jeden Fall nicht
- 25 die Lösung des Problems sein. Es wird nicht lange dauern, bis die Wähler die versprochene Beitragsentlastung als Nullsummenspiel entlarven. Spätestens im nächsten Konjunkturabschwung könnte es so weit sein. Wenn Union und SPD Glück haben, sind sie dann schon nicht mehr an der Regierung.

Quelle: Specht, F., Handelsblatt, Nr. 073, 16.04.2018, 14